

GLIEDERUNG

Erster Teil

- Einleitung**
- I. Zum Gegenstand der Untersuchung
 - II. Zur Rechtsnatur und zu den denkbaren Vorbildfunktionen des europäischen Kartellbußgeldrechts

Zweiter Teil

- Normauslegung im Spannungsfeld zwischen Verwaltungs- effizienz und strafrechtsspezifischen Auslegungsschranken**
- I. Die Normambivalenz - Problemstellung
 - II. Die Normambivalenz - Theoretische Lösungsansätze
 - III. Standpunkt der Gemeinschaftsorgane
 - IV. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis und die daraus für das griechische Recht zu ziehenden Lehren

Dritter Teil

- Rechtfertigungsgründe im Spannungsfeld zwischen Verwaltungs- und Strafrechtsdogmatik**
- I. Problemeingrenzung und methodologische Vorklärung
 - II. Klassische strafrechtliche Rechtfertigungsgründe
 - III. Außerstrafrechtliche Rechtfertigungsgründe (Höhere Gewalt)
 - IV. Materielle Rechtmäßigkeit und Behördenpublizität
 - V. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis und die daraus für das griechische Recht zu ziehenden Lehren

Vierter Teil

- Normadressat und Handlungssubjekt im Spannungsfeld zwischen rechtlicher Formbindung und sozialer Realität**
- I. Problemstellung und terminologische Vorklärung
 - II. Das Konzept der wirtschaftlichen Einheit - Grundlegendes zur Methode der Gemeinschaftsorgane
 - III. Das Konzept der wirtschaftlichen Einheit - Einzelne Anwendungsgebiete
 - IV. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis und die daraus für das griechische Recht zu ziehenden Lehren

Fünster Teil

- Unternehmensschuld im Spannungsfeld zwischen individuellen Fehlleistungen und kollektiven Organisationsmängeln**
- I. Problemstellung und terminologische Vorklärung
 - II. Die Schuldformen
 - III. Quellen zur Gewinnung des Inhalts der unternehmerischen Schuldformen
 - IV. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis und die daraus für das griechische Recht zu ziehenden Lehren

Sechster Teil **Zusammenfassung**

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	VII
GLIEDERUNG.....	XI
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XVII

ERSTER TEIL: EINLEITUNG

I. ZUM GEGENSTAND DER UNTERSUCHUNG	1
A. Anlaß der Untersuchung.....	1
B. Ziel und Methode der Untersuchung	6
C. Gang der Untersuchung	10
II. ZUR RECHTSNATUR UND ZU DEN DENKBAREN VORBILDFUNKTIONEN DES EUROPÄISCHEN KARTELLBUßGELDRECHTS.....	11
A. Zur strafrechtlichen Rechtsnatur der europäischen Unternehmensbußgeldbußen.....	11
B. Zu den möglichen Vorbildfunktionen des europäischen Kartellbußgeldrechts ..	18

ZWEITER TEIL:

NORMAUSLEGUNG IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN VERWALTUNGS- EFFIZIENZ UND STRAFRECHTSSPEZIFISCHEN AUSLEGUNGSSCHRANKEN

I. DIE NORMAMBIVALENZ - PROBLEMSTELLUNG	21
A. Terminologische Vokabeln.....	21
B. Normambivalenz, strafrechtsspezifische Auslegungsregeln und Blankettechnik.....	22
(1) Strafrechtsspezifische Auslegungsregeln und ihre Bedeutung für die Inhaltsbestimmung ambivalenter Normen	22
(a) Analogieverbot	22
(b) Gebot der engen Auslegung von Generalklauseln	23
(2) Blankettechnik und ihre Bedeutung für die Inhaltsbestimmung ambivalenter Normen	28
(3) Zusammenfassung	31
II. DIE NORMAMBIVALENZ - THEORETISCHE LÖSUNGSANSÄTZE.....	32
A. Lösungsansätze im Schrifttum	32
(1) Normspaltung.....	32
(2) Alternativen zur Normspaltung	33
(a) Einheitlich-restriktive Auslegung	33
(b) Einheitlich-extensive Auslegung	34
(c) Einheitlich-extensive Auslegung i.V.m. kompensatorischen normexternen Mechanismen zur Wiedereinschränkung der Bußgeldverantwortung	35
B. Stellungnahme	36
(1) Ablehnung der einheitlich-extensiven Auslegung	36
(2) Ablehnung der einheitlich-restriktiven Auslegung	37
(a) Einheitlich-restriktive Auslegung und Effizienz der Verwaltungstätigkeit.....	37
(b) Einheitlich-restriktive Auslegung in normtheoretischer Hinsicht.....	37
(c) Gefährdung der Rechtseinheit und der Rechtssicherheit durch die Normspaltung?	38

Inhaltsverzeichnis

(3) Normspaltung oder einheitlich-extensive Auslegung i.V.m. kompensatorischen Mechanismen?	41
(a) Die dogmatische Überlegenheit der Lösung der Normspaltung	41
(b) Die Praktikabilität der Lösung der einheitlich-extensiven Auslegung i.V.m. kompensatorischen Mechanismen	43
(4) Ergebnis	46
III. STANDPUNKT DER GEMEINSCHAFTSORGANE	46
<i>A. Einheitlich-extensive Auslegung</i>	<i>46</i>
(1) Extensive Auslegung von Tatbestandsmerkmalen	47
(a) Extensive Auslegung der Merkmale "Unternehmen" und "Unternehmensvereinigung"	47
(b) Extensive Auslegung der Merkmale "Vereinbarung", "abgestimmte Verhaltensweise" und "Beschluß"	47
(c) Extensive Auslegung der Merkmale "Wettbewerbsbeschränkung" und "Mißbrauch"	53
(2) Aufhebung der Grenzen der Tatbestandsmerkmale zueinander	54
(a) Die Merkmale "Verhinderung", "Einschränkung" und "Verfälschung" des Wettbewerbs	54
(b) Die Merkmale "Vereinbarung" und "Verhaltensabstimmung"	55
(3) Einzelfallbezogene Bestimmung der Tatbestandsrelevanz bestimmter Kategorien von Sachverhalten	56
(a) Wirtschaftliches Handeln im Zusammenhang mit gewerblichen Schutzrechten	56
(b) Informationsaustauschsysteme	57
(c) Vertikale Vertriebssysteme	57
(4) Sonstige Fälle eines formal-extensiven Vorgehens bei der Normauslegung	58
(a) Tatbeständliche Erfassung aller Teilnahmehandlungen	58
(b) Tatbeständliche Erfassung des Opferverhaltens	60
(c) Tatbeständliche Erfassung von rein abstrakten Gefährdungshandlungen	61
<i>B. Kompensatorische Mechanismen</i>	<i>64</i>
(1) Schuld und Einschränkung der Bußgeldverantwortung	64
(2) Opportunitätsprinzip und Einschränkung der Bußgeldverantwortung	67
(a) Erkenntnisse aus der bisherigen Praxis der Gemeinschaftsorgane	67
(b) Die Leitlinien für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen	70
(3) <i>In dubio pro reo</i> und Einschränkung der Bußgeldverantwortung?	73
IV. KRITISCHE ZUSAMMENFASSUNG DER EUROPÄISCHEN PRAXIS UND DIE DARAUS FÜR DAS GRIECHISCHE RECHT ZU ZIEHENDEN LEHREN	76
<i>A. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis</i>	<i>76</i>
<i>B. Vorbildfunktion der europäischen Praxis für das griechische Verwaltungsstrafrecht (in Kartellsachen)?</i>	<i>80</i>

DRITTER TEIL: RECHTFERTIGUNGSGRÜNDE IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN VERWALTUNGS- UND STRAFRECHTSLOGIK

I. PROBLEMEINGRENZUNG UND METHODOLOGISCHE VORKLÄRUNG	85
<i>A. Negative Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes</i>	<i>85</i>
<i>B. Konkretisierung der Problemaspekte</i>	<i>91</i>
II. KLASISCHE STRAFRECHTLICHE RECHTFERTIGUNGSGRÜNDE	93
<i>A. Notwehr</i>	<i>93</i>
(1) Darstellung der Gemeinschaftspraxis	93
(2) Würdigung	98
(a) Kritik im Schrifttum	98
(b) Stellungnahme	99
(i) Notwehr gegen Wettbewerbsbeschränkungen	100
(ii) Notwehr durch Wettbewerbsbeschränkungen	102

Inhaltsverzeichnis

(c) Zusammenfassung	105
B. Notstand	105
(1) Darstellung der Gemeinschaftspraxis	105
(2) Würdigung	112
(a) Kritik im Schriftum	112
(b) Stellungnahme	115
(c) Zusammenfassung	119
III. AUBERSTRAFRECHTLICHE RECHTFERTIGUNGSGRÜNDE (HÖHERE GEWALT)	119
A. Problemstellung	119
B. Darstellung der Gemeinschaftspraxis	119
C. Würdigung	123
IV. MATERIELLE RECHTMÄIGKEIT UND BEHÖRDENPUBLIZITÄT	130
A. Materielle Freistellungsfähigkeit	130
(1) Problemstellung	130
(2) Darstellung der Gemeinschaftspraxis	133
(3) Würdigung	138
B. Qualitative Rule of Reason (Erforderlichkeitsregel)	140
(1) Problemstellung	140
(2) Darstellung der Gemeinschaftspraxis	140
(a) Grundzüge der Erforderlichkeitsregel	140
(b) Entstehungsgründe und heutige Funktion der Erforderlichkeitsregel	142
(3) Erforderlichkeitsregel als funktioneller Ersatz für die materielle Freistellbarkeit?	144
V. KRITISCHE ZUSAMMENFASSUNG DER EUROPÄISCHEN PRAXIS UND DIE DARAUS FÜR DAS GRIECHISCHE RECHT ZU ZIEHENDEN LEHREN	146
A. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis	146
B. Vorbildfunktion der europäischen Praxis für das griechische Verwaltungsstrafrecht (in Kartellsachen)?	148

VIERTER TEIL:

NORMADRESSAT UND HANDLUNGSSUBJEKT IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN RECHTLICHER FORMBINDUNG UND SOZIALER REALITÄT

I. PROBLEMSTELLUNG UND TERMINOLOGISCHE VORKLÄRUNG	153
A. Tatbestandsfunktionen des Unternehmensbegriffs	153
B. Unternehmensbegriff und Tätigkeitsbereich	156
C. Unternehmensbegriff und Handlungssubjekt	159
II. DAS KONZEPT DER WIRTSCHAFTLICHEN EINHEIT - GRUNDLEGENDES ZUR METHODE DER GEMEINSCHAFTSORGANE	162
A. Zu den methodischen Divergenzen beim Einsatz des Konzepts durch die Gemeinschaftsorgane	162
(1) Kommission	163
(2) Gerichtshof und Generalanwälte	165
(3) Gericht erster Instanz	166
B. Zu den praxisrelevanten Auswirkungen der methodischen Divergenzen	167
III. DAS KONZEPT DER WIRTSCHAFTLICHEN EINHEIT - EINZELNE ANWENDUNGSGBIETE	174
A. Konzernfälle	174
(1) Konzept der wirtschaftlichen Einheit und Außenverhältnis im Konzern	174
(a) Materiellrechtliche Grundzüge	175
(i) Kapitalmäßige Verflechtung	175
(ii) Funktionelle Verflechtung und einheitliche Leitung	177
(iii) "Beteiligung" am Wettbewerbsverstoß	181

Inhaltsverzeichnis

(b)	Beweisrechtliche Grundzüge	189
(c)	Maßgebliche Aspekte für die Auswahl der zu sanktionierenden juristischen Person	197
(2)	Konzept der wirtschaftlichen Einheit und Innenverhältnis im Konzern	200
(3)	Vergleich des Inhalts des Konzepts im Innen- und im Außenverhältnis	204
(4)	Praxisrelevante Funktionen des Konzepts	207
(a)	Extraterritoriale Anwendung	207
(b)	Extraterritoriale Durchsetzung	210
(c)	Realitätsnahe Gestaltung der unternehmensstrafrechtlichen Zurechnungslehre	211
B.	<i>Handelsvertreterverhältnisse und ähnliche Fälle</i>	214
C.	<i>Rechtsnachfolgesfälle</i>	216
(1)	Grundzüge	216
(2)	Fallgruppen	221
(a)	Fortbestehung der juristischen Person	221
(b)	Untergang der juristischen Person	224
(c)	Nachträgliche juristische Verselbständigung einer wirtschaftlichen Einheit	227
(3)	Praxisrelevante Funktionen des Konzepts	227
IV.	KRITISCHE ZUSAMMENFASSUNG DER EUROPÄISCHEN PRAXIS UND DIE DARAUS FÜR DAS GRIECHISCHE RECHT ZU ZIEHENDEN LEHREN	229
A.	<i>Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis</i>	229
B.	<i>Vorbildfunktion der europäischen Praxis für das griechische Verwaltungsstrafrecht (in Kartellsachen)?</i>	232

FÜNFTER TEIL: UNTERNEHMENSSCHULD IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN INDIVIDUELLEN FEHLEINSTÜGEN UND KOLLEKTIVEN ORGANISATIONSMÄNGELN

I.	PROBLEMSTELLUNG UND TERMINOLOGISCHE VORKLÄRUNG	239
II.	DIE SCHULDFORMEN	244
A.	<i>Die Schuld wegen eines Vorsatzdelikts</i>	244
(1)	Der Vorsatz	244
(a)	Tatsachenkenntnis	244
(b)	Bedeutungskenntnis	247
(i)	Inhalt	247
(ii)	Abgrenzung zur Verbotskenntnis	250
(c)	Zusammenfassung	255
(2)	Die Verantwortlichkeit	255
(a)	Kenntnis oder Erkennbarkeit des Rechtsverstoßes und Wertungsebene der Verantwortlichkeit	255
(i)	Erkennbarkeit des Rechtsverstoßes als Schuldelement	255
(ii)	Ist die Erkennbarkeit des Rechtsverstoßes immer relevant für die Schuldfrage?	258
(iii)	Materialrechtliche Maßstäbe zur Feststellung der Erkennbarkeit des Rechtsverstoßes	263
(iv)	Fehlende positive Kenntnis des Rechtsverstoßes als bußgeldmildernder Faktor	264
(b)	Vorwerfbare Tatmotivation und Wertungsebene der Verantwortlichkeit	265
(i)	Handeln unter dem psychologischen Zwang von Dritten	266
(ii)	Handeln zur Wahrung legitimer Geschäftsinteressen	270
(c)	Zusammenfassung	276
B.	<i>Die Schuld wegen eines Fahrlässigkeitsdelikts</i>	277
(1)	Die [Tat-]Fahrlässigkeit	277
(2)	Die Verantwortlichkeit	278
C.	<i>Die subjektive Vermeidbarkeit des Verstoßes als Schwelle der Ahndbarkeit</i>	282
(1)	Die Methode zur Gewinnung des Begriffs der subjektiven Vermeidbarkeit	282
(2)	Die subjektiven Unvermeidbarkeitskriterien	287
(a)	Komplexe Marktstrukturen	288

Inhaltsverzeichnis

LITERATURVERZEICHNIS	340
VERZEICHNIS DER ZITIERTEN URTEILE UND ENTSCHEIDUNGEN	351
SECHSTER TEIL: ZUSAMMENFASSUNG	
III. QUELLEN ZUR GEWINNUNG DES INHALTS DER UNTERNEHMERISCHEN SCHULDFORMEN	302
<i>A. Zurechnung der subjektiven Momente der in den Verstoß verwickelten Mitarbeiter ..</i>	<i>302</i>
<i>B. Der Einfluß der Unternehmenseigenschaften auf die Zurechnung.....</i>	<i>309</i>
<i>C. Wissen von Unternehmensmitarbeitern, Organisationsstrukturen und Unternehmensschuld.....</i>	<i>312</i>
IV. KRITISCHE ZUSAMMENFASSUNG DER EUROPÄISCHEN PRAXIS UND DIE DARAUS FÜR DAS GRIECHISCHE RECHT ZU ZIEHENDEN LEHREN.....	316
<i>A. Kritische Zusammenfassung der europäischen Praxis</i>	<i>316</i>
<i>B. Vorbildfunktion der europäischen Praxis für das griechische Verwaltungsstrafrecht (in Kartellsachen)?</i>	<i>318</i>
(b) Irreführendes Verhalten der Gemeinschaftsorgane.....	289
<i>(i) Irreführende Informationen.....</i>	<i>289</i>
<i>(ii) Langjährige Duldung</i>	<i>291</i>
<i>(c) Irreführende Beratung</i>	<i>294</i>
<i>(d) Unklare Rechtslage.....</i>	<i>296</i>
<i>(e) Zusammenfassung</i>	<i>300</i>
(3) Konsequenzen für die Irrtumslehre	301